

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post;
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schreibleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beizeile oder deren Raum für Geisenheim
25 &, auswärtiger Preis 30 &. Reklamezeile 90 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 73.

Donnerstag den 24. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Das Kabinettsgeheimnis.

Mit der Ernennung des Zentrumsgesandten
Fehrenbach zum deutschen Reichskanzler ist eine gewisse
Änderung der politischen Lage eingetreten. Die Unsicher-
heit der letzten Tage ist gewichen und die Kabinettsab-
bildung endlich ein gutes Stück vorwärts gediehen. Die
drei bürgerlichen Mittelparteien haben sich nach lang-
wierigen Verhandlungen auf ein Programm geeinigt,
das den Erfordernissen der augenblicklichen Lage zu ent-
sprechen scheint.

Der Kanzlerposten ist aus den Händen der Mehr-
heitssozialdemokratie in die des Zentrums übergegan-
gen, das ihn schon einmal mit dem Grafen Hertling
belegt hatte. Das neue Amt wird an die Führerschaft
der bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung
große Anforderungen richten. Schon bei der Bildung
des Kabinetts bedurfte es der größten Anstrengungen
und diplomatischen Geschicklichkeit des bewährten Zen-
trumsführers, um die Gegensätze zwischen den einstigen
politischen Gegnern und jetzigen Koalitionsparteien zu
überbrücken und Demokratie und Deutsche Volkspartei
zu einer Gemeinsamkeit der Durchführung politischer
Richtlinien zu vereinigen. Vor allem machte das Ver-
langen der Demokraten an die Deutsche Volkspartei,
sich in aller Form zur Republik zu bekennen, große
Schwierigkeiten. Die Deutsche Volkspartei konnte un-
möglich eine Erklärung in dieser Form abgeben, wenn
sie sich nicht in Gegensatz zu der bisherigen grundsätz-
lichen Stellungnahme der Partei setzen wollte. Den
Verhandlungen des neuen Reichskanzlers ist es dann nach
langen Verhandlungen gelungen, eine Formel zu
finden, auf die man sich einigen konnte. In dieser
Erklärung versicherte die Deutsche Volkspartei, daß an-
geht der Zusammensetzung aller Kräfte für den
Wiederaufbau verfassungsmäßige Kämpfe zuzulassen
werden müßten und infolgedessen der Wiederaufbau
sich auf dem Boden der durch das Gesetz festgelegten
Verfassung vollziehen sollte. Da diese Verfassung für
Deutschland die Staatsform der Republik bestimmt,
war damit, wenn auch nicht direkt, eine Anerkennung
der Republik erfolgt, womit sich die Demokraten zufriede-
nen gaben. Damit waren endlich die Vorbedingungen
für die Ernennung des höchsten Reichsbeamten gegeben.
Die Kabinettsbildung ist nur noch eine Personenfrage,
die nicht mehr allzu große Schwierigkeiten machen
dürfte.

Welche Lebensdauer dem Kabinettsbeschieden sein
wird, das läßt sich schon voraussagen, wäre möglich. Im-
merhin so viel läßt sich schon heute sagen: Das neue
Kabinettsgeheimnis ist ein Notbehelf, entstanden aus der Unmög-
lichkeit, eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen,
die eine Kabinettsbildung nach normalem Muster er-
möglichte. Im Reichstag, dem es sich in den nächsten
Tagen vorstellen soll, verfügt das Kabinettsgeheimnis nur über
eine Minderheit. Doch werden ihm die übrigen
Parteien, wenigstens so weit die Deutschnationalen und
die Mehrheitssozialisten in Betracht kommen, aller Vor-
sicht nach zunächst, d. h. bis nach Spaa, keine er-
heblichen Schwierigkeiten in den Weg legen, vielleicht
werden sie sogar das Kabinettsgeheimnis offen unterstützen und
ihm ihr Vertrauen aussprechen. Es handelt sich um
ein Kabinettsgeheimnis des Wiederaufbaus und nicht um ein
Kabinettsgeheimnis parteipolitischen Grundzüge und parteipoliti-
scher Betätigung. Sein Ziel geht darüber hinaus auf
Maßnahmen, die dem Gesamtvolk, der Wiederherstel-
lung geordneter Zustände, der Schaffung von Ruhe
und Sicherheit und der Festigung des Staates nach-
zukommen dienen sollen. Dieses Programm muß von jeder
Partei gebilligt werden, die es mit dem Wiederaufbau
des deutschen Vaterlandes ernst meint.

In Einzelfragen werden dem Kabinettsgeheimnis von seiten
der Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind,
zweifellos Schwierigkeiten erwachsen. Doch auch diese
müssen und werden sich beseitigen lassen, dafür bürgt
auch die Person des neuen Reichskanzlers, dessen Auf-
gabe es schon in seinem bisherigen Amt als Präsident
der Nationalversammlung war, Gegensätzlichkeiten
der Parteien innerhalb des Parlamentes auszugleichen.
Als Präsident der Nationalversammlung erkreute er
sich des Vertrauens aller Parteien bis in die Reihen der
Unabhängigen. Wenn ihm das gleiche Vertrauen auch
als Reichskanzler entgegengebracht wird, dann kann es
für die Zukunft des deutschen Volkes nur von Vor-
teil sein.

Das neue Kabinettsgeheimnis.

Die Suche nach den Kabinettsministern.

Die Zusammensetzung der Ministerliste macht ab-
erhand Schwierigkeiten. Wenn auch Reichskanzler Feh-
renbach sowohl wie die an der Kabinettsbildung betei-
ligten Parteien erklärt haben, daß für die Auswahl
der Minister in erster Linie der Grundsatz der sachlichen
Eignung zu gelten habe, so muß doch gleichzeitig auch
aus politischen Gründen auf eine Vertretung der Par-
teien in der Regierung Bedacht genommen werden, die
ungefähr dem Stärkeverhältnis entspricht.

Nach der Liste, die augenblicklich vorliegt, würden
sämtliche Zentrumsmänner bleiben. Die Demo-
kraten, die durch Koch und Geiler vertreten sind,
werden in General Groener, der das Verkehrsmini-
sterium übernehmen soll, eine weitere Vertretung im Mi-
nisterium haben. Von der Deutschen Volkspartei wer-
den Heintze und Becker (Hessen) genannt. Die Ver-
tretung des Auswärtigen Amtes wird Geheimrat Si-
mon übernehmen, der ebenso wie General Groener
den ihm angetragenen Posten angenommen hat. Ge-
heimrat Simon war zuletzt Geschäftsführer des Reichs-
verbandes der deutschen Industrie. Vordem war er
Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.
In Versailles war Simon der nächste Berater des
Grafen Brockdorff und hat sich dort als ein kluger
und erfahrener Rechtspraktiker erwiesen.

Das Reichswirtschaftsministerium wird
dem Direktor der Gruppe-Gesellschaft, Geheimrat Rie-
feld (Deutsche Volkspartei) angeboten worden. Dieser
sowohl, wie auch der Mitinhaber der Hamburger Bank-
firma Warburg u. Co., Dr. Melchior (Demokrat)
haben die Übernahme dieses Parteifunktionärs
abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß es wiederum
einem Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei an-
geboten werden wird. Auch der preussische Minister
für Volkswohlfahrt Stegerwald, der für das Reichs-
verkehrs- oder das Reichsarbeitsministerium in Aus-
sicht genommen war, soll den Eintritt in das Reichs-
kabinettsgeheimnis abgelehnt haben.

Die Zusammensetzung des Kabinetts dürfte noch
einige Tage in Anspruch nehmen, so daß die neue
Regierung sich dem Reichstag erst in der kommenden
Woche vorstellen können.

Reichskanzler Fehrenbach.

Der neue Reichskanzler Konstantin Fehrenbach
wurde am 11. Januar 1852 in Wellendingen auf dem
badiischen Schwarzwald (Bezirk Bonndorf) als Sohn eines
Lehrers geboren. In Freiburg i. Br. besuchte
er das Gymnasium und die Universität, auf welcher er
sich Theologie studierte, dann aber sich den Rechtswissen-
schaften wandte. Im Jahre 1882 ließ er sich, ebenfalls
in Freiburg, als Rechtsanwalt nieder und begann auch
bald, auf dem Boden der Zentrumspartei stehend, sich
am öffentlichen Leben zu betätigen. Im badiischen Land-
tag war er einer der Zentrumsführer in der zweiten
Kammer und seit 1907 Präsident dieser Kammer, der
erste Zentrumsmann an dieser Stelle. Seit 1913 jedoch
widmete er sich ausschließlich der Reichspolitik. Im Reichs-
tag hat er seit 1903 ununterbrochen als Vertreter des 6.
badiischen Reichstagswahlkreises Eichenheim-Lahr-Wollach. Doch
trat er erst später mehr und mehr dort hervor, erstmals
besonders viel bemerkt mit einer Rede zum Jahresanfang
im Januar 1914. Als dann im August 1918 der alte
Zentrumsführer Spahn preussischer Justizminister wurde,
übernahm Fehrenbach an seiner Stelle den Vorsitz im
Landtag des Reichstages. Damit war er bereits zu
einem der einflussreichsten Männer in der Reichspolitik
geworden. Als vollends im Jahre 1918 der Reichstags-
präsident Dr. Kaempf starb, wurde am 8. Juni Fehren-
bach mit 270 von 280 Stimmen zu seinem Nachfolger er-
wählt. Mit 8. war nach längerer Pause wieder ein Zen-
trumsmann Reichstagspräsident. Der erste war von 1892
bis 1894 der Reichs. v. Voss-Verenberg, der zweite von
1895-1906 Graf Balloire, der dritte Konstantin Fehren-
bach.

Die Bedeutung des Reichstagspräsidenten.

Der neue Reichstag, dessen Zusammentritt auf
Donnerstag, den 24. Juni, festgesetzt ist, wird nur
in einer kurzen Sitzung die notwendigen vorbereiten-
den Arbeiten der Geschäftsordnung erledigen, den Al-
terpräsidenten feststellen und die Präsidentenwahl vor-
nehmen. Zu der Meinung, daß die Sozialdemokraten
es ablehnen, den Präsidenten des Reichstages zu stel-
len, erklärt die „Germania“, daß auch beim Zen-
trum, das schon in hervorragendem Maße an der
Regierungsbildung beteiligt ist, wenig Neigung besteht,
den Präsidentenposten des Reichstages zu belegen. Das
Zentrum wird sich mit einer Vizepräsidentenstelle be-
gnügen und den anderen Parteien den Posten des Prä-
sidenten überlassen.

Spätestens am Freitag, vielleicht auch schon am
Donnerstag selbst, wird sich der Reichstag dann wieder
versammeln, um erst am Dienstag in der nächsten Woche
seine eigentliche Arbeit aufzunehmen. In diesem Tage,
an dem das Haus in seine großen Beratungen ein-
treten soll, wird sich auch das neue Kabinettsgeheimnis
und das Vertrauen des Reichstages erbitten.

Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Al-
bert, hat infolge des Regierungswechsels sein Amt
dem Reichskanzler Fehrenbach und dem Reichspräsi-
denten zur Verfügung gestellt. Er wurde von beiden
Stellen ersucht, die Geschäfte der Reichskanzlei weiter-
zuführen.

Deutschlands Entwaffnung.

Was bisher geschehen ist.

Die Herabsetzung unserer Wehrmacht auf die uns
von der Entente bis 10. Juli zugesprochenen 200 000
Mann wurde im Mai durchgeföhrt. Ueber die weitere

Verhaltung eines Reichsheeres in dieser Stärke soll
in Spaa verhandelt werden. Die sieben Divisionen
sind mit dem im Friedensvertrag vorgeschriebenen
Etat gekürzt und zwei Reichsheergruppenkommandos
— diese entsprechen den Generalkommandos des Frie-
densvertrages — unterstellt. Die früheren sieben Ar-
meekorps und 25 Generalkommandos sind auf-
gelöst, ebenso die Oberste Heeresleitung, der Große
Generalstab und die Kriegsministerien Preußens, Ba-
dens, Sachsens, Württembergs. Statt dessen ist das
Reichsheerministerium mit der im Vertrage vorgeschrie-
benen Höchststärke gebildet.

Ferner sind aufgelöst: die Kriegsakademie in Ber-
lin und München, sämtliche Kriegsschulen, Ka-
drantenkorps und Unteroffizierschulen. Es bestehen zur
Zeit nur je eine Infanterie-, Kavallerie-, Artillerie-
und Pionierschule. Die Zahl der Schüler bleibt jedoch
weit hinter der uns zugesprochenen zurück, da nicht ge-
nügen Offiziersaspiranten vorhanden sind. Die Schule
für Nachrichtentruppsen mußte, obwohl sie nicht gegen
den Friedensvertrag verstößt, auf Einspruch des Ge-
nerals Nollet wieder aufgelöst werden. Das Zivilper-
sonal bei den Verwaltungsbehörden beträgt für das
200 000 Mann-Heer nur noch ein Fünftel des Etats
von 1913.

Die Bestände an Geschützen, Maschinengewehren
und Gewehren sowie der dazugehörigen Munition
werden dauernd im gleichen Verhältnis mit der Herab-
setzung der Heeresstärke verringert. Eine weitere Ver-
minderung tritt erst nach Entscheidung über das 200 000
Mann-Heer ein. Auch mit der Zerstörung der
Festungsartillerie ist begonnen, nachdem sei-
dens der Entente im Widerspruch mit Artikel 167 des
Friedensvertrages Deutschland nur noch fünf Festungen
(Wiltau, Swinemünde, Königsberg, Wismar, Rügen) mit
ganz geringer Befestigung zugelassen wurden. Das
gesamte in Deutschland befindliche Kriegsgesamts-
mittel ist der internationalen Kontrollkom-
mission zur Verfügung gestellt, die Übernahme im
Gange.

Die Fabriken, die weiterhin für die Herstellung
des Kriegsgesamtsmittels vorgehalten sind, wurden bereits vor
mehreren Monaten namhaft gemacht. Die Entscheidung
der Entente steht noch aus. Alle anderen Anlagen
zur Herstellung von Kriegsgesamtsmittel sind geschlossen oder
werden unter Kontrolle der Entente auf die Friedens-
wirtschaft umgestellt. Infolge Zerstörung der Spezial-
maschinen, Vernichtung der Zeichnungen usw. sind sie
zur Anfertigung von Kriegsgesamtsmittel nicht mehr be-
fähig.

Alle Depots (Neughäuser), die nicht zur Lage-
rung der uns zugesprochenen Bestände dienen, sind ent-
militarisiert und in den Besitz der Reichstreuhän-
dersgesellschaft übergegangen. Die Kontrollkommissionen
der Entente sind bereits seit Monaten tätig. Die Kon-
trolle erstreckt sich nicht nur auf die staatlichen Anlagen,
sondern auch auf alle in der Kriegsindustrie beschäf-
tigten Privatfabriken, deren Zahl wohl an 25 000
heranzieht.

Die Konferenz in Boulogne.

Die Geheimdiplomatie in voller Blüte.

In der französischen Hafenstadt Boulogne sind
augenblicklich Deutschlands Gläubiger zu einer Vorbe-
raturung für die Spaakonferenz versammelt. Ueber die
Zusammensetzung sind allerlei Gerüchte in Umlauf. In der
amtlichen Havasmitteilung befindet sich nicht die ge-
ringste Andeutung auf die Entschädigungsfrage. Wie
die Pariser Blätter melden, sollen die Beschlüsse be-
züglich der deutschen Entschädigung bis zur Konferenz
von Spaa geheim gehalten werden, weil es nicht rich-
tig wäre, wenn die deutschen Vertreter vorher von ihnen
Kenntnis erlangen würden. Um jede Mitteilung der
Beschlüsse in der Presse zu vermeiden, hat die Regie-
rung sogar den Aufenthalt der Presseberichterstatter
in der Stadt für die Zeit der Tagung verboten.

Die deutschen Jahreszahlungen.

Zugleich wird allerdings bestätigt, daß der Vor-
schlag der Finanzkommission auf das System der bewege-
lichen Jahreszahlungen hinausläuft. Und zwar sollen
die „Times“ zufolge die abänderungsfähigen Jahres-
zahlungen je nach der wirtschaftlichen Wiederauf-
stellung Deutschlands ausfallen. Der Minimaljahresbetrag
soll drei Milliarden ausmachen, und es sollen
Zinsen bezahlt werden. 35 Jahreszahlun-
gen seien vorzusehen.

Die orientalischen Fragen nehmen einen gro-
ßen Teil der Beratungen ein. Dant Haas hat die
Konferenz die militärischen Maßnahmen gebilligt, die
von den Mächten noch und Wiffen getroffen wur-
den, um der Lage in der Gegend von Konstantinopel
entgegenzutreten.

Was die Entwaffnung Deutschlands anlangt,
so scheint eine Einigung erzielt zu sein. Maximal
100 000 hatte eine Note an Deutschland gerichtet, in der

er die strikte Ausführung des Vertrages von Versailles fordert. Die Note, die nach den Unterredungen von Hythe verfaßt und von der französischen Regierung genehmigt wurde, schließt sich dem englischen Standpunkt über die Entwaffnung Deutschlands an.

Spaa wiederum verschoben.

Neuter meldet, daß eine neue Verschiebung der Konferenz von Spaa unvermeidlich sei. Sie soll aber nicht länger als um eine Woche hinausgeschoben werden. Zuletzt war der 15. Juli als Termin in Spaa genannt worden.

Auf Beschluß der Konferenz in Boulogne sollen auch die griechischen, polnischen, portugiesischen, rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Delegierten nach Spaa zu einer Besprechung der sie direkt berührenden Fragen mit den Alliierten einberufen werden.

Abg. Dr. Friedberg †.

Der Führer der demokratischen Landtagsfraktion infolge eines Herzschlages verschieden.

Die deutsch-demokratische Partei hat innerhalb 24 Stunden zwei hervorragende Persönlichkeiten verloren. Sonntag morgen verstarb nach längeren Leiden der frühere nationalliberale Abgeordnete Prinz Heinrich zu Schaumburg-Carolath, der seit 1881 seinen Heimatwahlkreis Guben-Lübben im Reichstag vertrat und nach der Revolution zur demokratischen Partei übergetreten war. Wenige Stunden später, in der Sonntag Nacht, ist der Vorsitzende der demokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung, Staatsminister a. D. Dr. Robert Friedberg infolge eines Herzschlages verschieden. Dr. Friedberg sollte dem Prinzen bei der Trauerfeier am Dienstag den Nachruf sprechen, nun muß ihm selbst die Leichenrede gehalten werden.

Dr. Robert Friedberg wurde am 28. Juni 1851 in Berlin geboren. Nach Vollendung seiner Universitätsstudien widmete er sich der Universitätslehre und war Professor der Staatswissenschaften an den Hochschulen in Leipzig und Halle. Seine politische Betätigung veranlaßte ihn bald, auf die Lehrtätigkeit zu verzichten und sich ausschließlich der Politik zu widmen. 1886 wurde er zum ersten Male in den preussischen Landtag gewählt, dem er seither nur mit einer kurzen Unterbrechung als Mitglied der nationalliberalen Partei angehörte. Er rückte immer mehr in den Vordergrund seiner Partei, bis er dann ihr Führer im Preussischen Abgeordnetenhaus wurde. Im November 1917, als die entscheidenden Veränderungen in der inneren Politik eintreten, wurde er Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums und zum Staatsminister ernannt. Nach der Auflösung der nationalliberalen Partei schloß er sich der demokratischen Partei an, wo er gleichfalls sofort eine Führerrolle erhielt. Bis zum April dieses Jahres hatte er den Vorsitz der Partei inne. Auf ärztlichen Rat mußte er zwar von diesem Amte zurücktreten, behielt aber die Leitung der Fraktion in Preußen und blieb Mitglied des geschäftsführenden Parteiausschusses.

In allen politischen Kreisen erregte sich der Verstorbene als Mensch wegen seines vornehmen Charakters ausgezeichnete Achtung und Wertschätzung. Die demokratische Partei hat in ihm einen ausgezeichneten Führer von umfasser Bildung, großer Beredsamkeit und großer Geschicklichkeit in parteipolitischen Fragen verloren.

Der Streit um den Lohnabzug.

Die ersten Steuerstreiks.

Der 10prozentige Steuerabzug bedeutet zweifellos eine äußerst schwere Belastung für die Arbeiter- und Angestelltenklassen, die nur einen Teil ihres Verdienstes in bar erhalten. Neben den Hausangestellten werden vor allem die Landarbeiter von dieser Steuermaßnahme hart betroffen. Vereinzelt kommt es bereits zu Verhandlungsstreiks, die jetzt in der Gegenwart besonders verhängnisvoll sind. In Pommern haben sich die Landarbeiter geweigert, eine Steuerkarte anzulegen, weil sie steuerfrei sind, was in den meisten Fällen auch zutrifft. Die ländlichen Arbeitgeber aber sind nach dem Gesetz verpflichtet, zehn Prozent auch in diesen Fällen einzubehalten, die die Landarbeiter sich nicht abziehen lassen wollen. Sie werden darin vom Landarbeiter-Verband unterstützt und wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis ihnen Lohnzulagen in Höhe der Abzüge bewilligt worden sind.

Ebenso hat die Landarbeiterschaft des Kreises Querfurt erklärt, sie werde in den Streit eintreten, sobald der Lohnabzug erfolgt. Um diese drohende Gefahr noch in letzter Stunde abzuwenden, haben die ländlichen Arbeitgeber der Provinz Sachsen und des Preussischen Anhalt beim Reichsfinanzministerium den Antrag gestellt, die Inkraftsetzung des Lohnabzuges vorläufig um drei Monate hinauszuschieben.

Das Reichsfinanzministerium gegen eine Bevorzugung der Landarbeiter.

An den zuständigen Stellen steht man diesen Sonderwünschen der Landarbeiter ablehnend gegenüber. Das Reichsfinanzministerium ist nach wie vor der Ansicht, daß als Arbeitslohn nicht nur Geldbeträge, sondern auch Naturallohn und sonstige Sachbezüge zu gelten haben. Würden letztere nicht darunter fallen, so würden z. B. die landwirtschaftlichen Arbeiter, die einen mehr oder minder großen Teil ihres Lohnes in sogenannten Deputaten erhalten, und die Hausangestellten, die außer ihrem Barlohn freie Wohnung und Verpflegung genießen, besser gestellt sein als die gewerblichen und Industriearbeiter, die ihr ganzes Gehalt in Geld beziehen und die Kosten ihrer Wohnung und Verpflegung selbst zu tragen haben.

Bei Zusammenrechnen von Geldbeträgen und Naturalbeträgen sollen jedoch — und darauf wird von den Behörden nochmals nachdrücklich hingewiesen —, da der nach den Lohnarbeitsvereinbarungen oder auch den von den Versicherungsämtern festgesetzten Sätzen zu bemessende Wert der Natu-

ralbezüge zum Teil ein recht erheblicher ist und daher vom Barlohn unter Umständen ein verhältnismäßig sehr hoher Betrag abgezogen werden müßte, in den Fällen, in denen der Wert der Naturalbezüge den Barlohn übersteigt, höchstens 20 Prozent des Barlohns abgezogen werden dürfen. Für die Stadt Berlin beispielsweise wird die Anwendung dieser Verordnung im allgemeinen nicht praktisch werden, da der Wert der Naturalbezüge gegenwärtig nur auf ca. 703 Mark, also 59 Mark monatlich festgesetzt ist und daher wohl regelmäßig hinter dem Barlohn zurückbleiben wird. In anderen Kreisen sind die Sätze aber schon erheblich höher, z. B. auf 3000 Mark festgesetzt. Hier würde bei 90 Mark Barlohn der Wert der Geld- und Sachbezüge also monatlich 340 Mark betragen. Es dürfen also nur 18 Mark gekürzt werden. Auf Jahr umgerechnet würde der insgesamt zu kürzende Betrag also 216 Mark betragen. Dieser Betrag bleibt noch immer um 54 Mark hinter dem Gesamtbetrag der Einkommensteuer zurück, die eine ledige Person von einem Gesamteinkommen von 4000 Mark zu zahlen hat, denn diese beträgt unter Berücksichtigung des einkommensteuerfreien Betrages von 1500 Mark 270 Mark.

Keine doppelte Einkommenbesteuerung.

Die amtliche Pressestelle des Reichsfinanzministeriums schießt sich veranlaßt, noch auf einen zweiten im Publikum weitverbreiteten Irrtum hinzuweisen. In den amtlichen Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn heißt es noch:

Die Anrechnung des gekürzten Betrages auf die für das Rechnungsjahr 1920 geschuldete Einkommensteuer soll grundsätzlich erst nach der endgültigen für das Kalenderjahr 1920 vorzunehmenden Veranlagung erfolgen.

In der Presse ist hieraus hier und da die Schlussfolgerung gezogen worden, daß Arbeitnehmer in diesem Jahre eine doppelte Einkommensteuer zu zahlen hätten, indem sie neben der Kürzung ihres Arbeitslohnes auf Steueranforderungsscheinen auch noch die Steuer von demjenigen Einkommen zu zahlen hätten, das für die landesrechtliche Veranlagung der Einkommensteuer im Jahre 1919 festgesetzt ist. Diese Auffassung ist irrig. Denn erstens ist nach Möglichkeit dafür gesorgt, daß solchen Steuerpflichtigen, bei denen sich die vorläufig zu entrichtende Steuer nicht höher als der 10prozentige Abzug von ihrem Arbeitslohn berechnet, ein Steueranforderungsschein überhaupt nicht zugeht. Und zweitens wird, wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, also wenn z. B. noch anderes Einkommen als Arbeitslohn vorhanden ist, die gekürzte Steuer sogleich auf die einzelnen nach dem Steueranforderungsschein zu entrichtenden Beträge angerechnet. An weitere einengende Voraussetzungen ist die Zulässigkeit der Anrechnung nicht angeschlossen.

Wann und was wird zurückgezahlt?

Die bare Herauszahlung findet grundsätzlich auch erst bei der endgültigen Veranlagung für 1920 statt. Vorher, also im Laufe dieses Jahres, wird nur dann herausgezahlt, wenn die vom Arbeitnehmer endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 v. H. des mutmaßlich im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeitslohnes des Arbeitnehmers beträgt. Befiehlt das Einkommen z. B. nur als 4300 Mark Arbeitslohn, und ist der Steuerpflichtige verheiratet und hat vier minderjährige Kinder, so ist bei der endgültigen Veranlagung überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen; in diesem Falle werden die jeweils monatlich gekürzten 40 Mark sofort zurückgezahlt. Die Voraussetzung, daß gerade die Leistungsfähigkeit die Steuer zunächst bezahlen müssen und erst in nächsten Jahre zurückbekommen, damit dem Reiche gleichsam ein zinsloses Darlehen gewährten, ist also unrichtig.

Die Bestimmungen über den Abzug vom Arbeitslohn treten am 25. Juni in Kraft, d. h. ihnen unterliegen alle vom 25. Juni ab fälligen Gehälter, Löhne usw. Durch vorherige Auszahlung dieser Beträge können die Bestimmungen über den Steuerabzug nicht umgangen werden.

Schließlich darf — so meinen die amtlichen Stellen — bei der Wertung der grundsätzlichen Bestimmung des Lohnabzuges nicht vergessen werden, daß mit dieser Zahlungsweise für den Lohn- und Gehaltsempfänger eine Reihe von Vorteilen verbunden sind. Die Bezahlung in vierteljährlichen Raten ist dem, der von dem Ertrag seiner Arbeit leben muß, oft genug sehr schwer, da es sich um größere Posten handelt. Durch den direkten Abzug von 10 Prozent der Lohn- und Gehaltszahlung wird die Steuerentrichtung wesentlich erleichtert umso mehr, als bei sehr vielen, vielleicht bei den meisten Steuerpflichtigen mit Rücksicht auf die Freigrenze und das Familienprivileg die endgültige Abrechnung kaum eine höhere Steuerpflicht als 10 Prozent ergeben wird.

Und es sollte vor allem doch auch nicht vergessen werden, wie die Finanzlage des Reiches beschaffen ist. Eine weitere Verschlechterung unserer Finanzlage würde zu einer Gefahr für unsere ganze Volkswirtschaft auszuwachsen und damit am meisten den Arbeiterstand schädigen.

Günstige Ernteaussichten.

Saatenstandsbericht Mitte Juni 1920.

Wie die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates meldet, hat sich der Saatenstand seit Mitte Mai im allgemeinen weiter gebessert, so daß die Ernteaussichten als günstig bezeichnet werden können. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß große Teile des deutschen Kulturbodens, besonders beim bäuerlichen Besitz, nur mangelhaft mit Dünger bedacht sind und deshalb trotz besseren Aussehens nicht die Körnererträge auszuweisen werden, die bei normaler Düngerkraft erzielt werden. Vieles hängt noch von der Witterung während der Ernte im Juli und August ab. Auch etwaige Arbeiterunruhen sind als neuer Faktor in die Ernteprognose einzustellen. Von Wintersaaten steht wieder der Weizen an erster Stelle. Auch der Roggen hat sich vielfach erholt, doch fehlt es nicht an Berichten, die seinen Stand noch immer unausfüllig beurteilen. Die Sommersaaten,

sowohl Hafer wie Gerste, versprechen gute Erträge. Auch die Heuerwerbung, die vielfach bereits beendet ist, fällt nach Menge und Güte günstig aus. Von den Hackfrüchten wird meistens Gutes berichtet. Häufig wird mitgeteilt, daß die zuweilen kühle Witterung, wie besonders um den 9. Juni, der Vegetation Schaden zugefügt habe. Im Norden, wie in Schlesien und Pommern, wird wiederholt über zu viel Wasser geklagt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. Juni 1920.

Der Reichspräsident hat den Gattinnen der verstorbenen Abgeordneten Dr. Friedberg und Prinz Schaumburg-Carolath telegraphisch sein Beileid bezeugt.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.) hat sein Mandat als Mitglied der Preussischen Landesversammlung niedergelegt, da er zum Reichstagsmitglied gewählt ist.

Die sächsische Regierung und die Volkswirtschaftler werden die Staatsgeschäfte bis zum Zusammentritt des neu zu wählenden Landtages weiterführen.

Der anhaltinische Landtag hat den bisherigen mehrheitssozialistischen Staatsratspräsidenten Deitrich einstimmig wiedergewählt. Es bleibt bei der bisherigen Koalition zwischen Demokraten und Mehrheitssozialisten.

Die Wahlen zum ersten Landtag für Großsachsen haben eine bürgerliche Mehrheit ergeben.

Freilassung des Dr. v. Holtum. Der Vorsitzende der interalliierten Kommission in Marienthal, Ezzeles Pavia, hat dem deutschen Bevollmächtigten für das Abstimmungsgebiet Westpreußens Baudissin folgendes Telegramm des italienischen Gesandten in Warschau zur Kenntnis gebracht: „Warschau, den 21. Juni 1920. Der Minister des Auswärtigen teilt mir soeben mit, daß er heute morgen den Befehl gegeben hat, Herrn v. Holtum in Freiheit zu setzen. Unterschrift Tomassini.“

Die Preussische Landesversammlung nimmt am 23. Juni ihre Verhandlungen wieder auf. Der neue Sitzungsabschnitt wird die Entscheidung über die preussische Verfassung bringen, die gegenwärtig schon den Verfassungsausschuß beschäftigt. Ob die Landesversammlung ihre eigentliche Aufgabe, die Verfassung, erledigen können, erscheint aber noch sehr zweifelhaft, denn die Unabhängigen wollen einen Antrag auf Auflösung der Landesversammlung am 10. Juli einbringen. Die beiden Gruppen der Rechten werden diesem Antrage der Unabhängigen ohne weiteres zustimmen, da sie keine Veranlassung hätten, in einem Parlament tätig zu sein, in dem die Zahl der Abgeordneten der Zahl der Wähler, die sie hinter sich haben, nicht entspreche. Die Mehrheitssozialdemokraten, bei denen die Entscheidung liegt, haben zu dem Antrag noch nicht Stellung genommen, deuten aber an, daß ihnen nichts übrig bleiben würde, als die Zustimmung zu dem Antrag der Unabhängigen.

Rundschau im Auslande.

Der Defizit der früheren Wiener Hof-, jetzigen Staatstheater wird auf 30 Millionen Kronen veranschlagt.

Unmittelbar nachdem Antivari, Dulegno und die ganze Küste Montenegro durch die Italiener geräumt worden ist, haben die jugoslawischen Truppen das aerdumte Gebiet besetzt.

Persien: England unterstützt die persische Regierung.

„Daily Express“ meldet, das englische Kabinett habe beschlossen, die britischen Streitkräfte, die sich noch in Persien befinden, nicht zurückzuziehen. Es wurde der Befehl erteilt, Persien alle militärische Unterstützung angedeihen zu lassen nicht um es gegen die Angriffe von außen zu verteidigen, da die Völkergewissen aus England abgezogen sind, sondern um die Regierung des Schahs gegen die revolutionären Elemente des eigenen Landes zu schützen. In den letzten Tagen hat man in Teheran ein gegen den Schah und mehrere Minister gerichteter Komplot entdeckt. Es sind militärische Vorkehrungen getroffen worden.

Locales und Provinzielles.

Seisenheim, 24. Juni. Die Maul- und Klauenfeuche hat in unserer Stadt einen solchen Umfang angenommen, daß nur noch ganz wenige, vereinzelte Ställe von der Seuche frei sind. Gerade wie in Hessen und Bayern tritt auch die Krankheit hier mit einer außerordentlichen Virulenz auf, der besonders das Kleinvieh (Ziegen, Schweine und Schafe zum Opfer fallen. Fast täglich müssen Tiere in die Abdeckeri gefahren werden. Den Betroffenen erwächst bei dem sehr hohen Wert des Viehes ein ganz bedeutender Schaden.

Seisenheim, 24. Juni. Die Ausstellung der Steuerkarten zum Einleihen der Steuermarken, die auf dem Rathaus erfolgt wird von den Beteiligten nicht in dem Maße beantragt, wie es nötig wäre. Wie aus den amtlichen Bekanntmachungen zu ersehen ist, muß jeder Arbeitnehmer eine Steuerkarte besitzen, in welche der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung die dem 10/10igen Abzug entsprechenden Steuermarken einleihen muß. Die Beteiligten tun deshalb gut, wenn sie baldigst sich eine Steuerkarte ausstellen lassen.

Seisenheim, 24. Juni. Wir erhalten aus Köln vom 23. Juni folgende Meldung der Tel.-Union: Laut Mitteilung in der heutigen Presskonferenz auf dem Rathaus hat die Rheinlandkommission für den Bereich des besetzten Gebietes den vom Reichsfinanzministerium angeforderten 10/10igen Lohnabzug, der bekanntlich vom 25. ds. Mts. in Kraft treten soll, unter sagt.

Seisenheim, 24. Juni. Die Reben des Rheingaus sind in das Stadium der Blüte eingetreten. Die einzelnen Stöcke haben einen guten Behang. Nur wenige Tage warmen sonnigen Wetters genügen um die Blüte gut und gleichmäßig verlaufen zu lassen.

Seisenheim, 24. Juni. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurden viele Einwohner durch einen furchtbaren Knall aus dem Schlafe geschreckt, dem noch lange Stunden weitere Schläge folgten. Der südliche Himmel war von einem hellen Feuerchein beleuchtet. Wie am anderen Morgen bekannt wurde, war das Artillerie-Munitionsdepot Uhlhorn in die Luft geflogen. — Auf

Mainz wird darüber von gestern berichtet: Heute Nacht gegen 12 Uhr ist ein Teil des Artillerie-Munitionsdepots gegen die Uferböschung an der Bahnlinie Mainz-Bingen in die Luft geflogen. Der Luftdruck war so stark, daß in den 200 Meter entfernten Ortschaften Bubenheim und Weidenheim Tausende von Fensterscheiben zertrümmert wurden. Durch das tatkräftige Eingreifen der französischen Soldaten vom 168. Artillerie-Regiment gelang es, die Explosionen und das Uebergreifen auf weitere Teile des Lagers einzuklemmen. Doch hat bei diesen Arbeiten ein Adjutant den Tod gefunden. Die Umgebung wurde abgesperrt, da kleinere Explosionen sich hin und wieder noch ereignen, doch ist die Gefahr auf ein weiteres Umsichgreifen beseitigt. Der Zugverkehr mußte auf einige Stunden auf andere Linien umgeleitet werden, wurde aber heute früh wieder aufgenommen.

Weidenheim, 24. Juni. Die franz. Delegation in Rüdelsheim teilt uns mit: Diejenigen Personen, welche gewillt sind ohne Unkosten die bedeutendsten Meisterwerke der französischen Literatur zu lesen, ganz besonders die Klassiker des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, ebenso die zuletzt erschienenen Romane, belieben sich an das Büro der Delegation in Rüdelsheim zu wenden, Abteilung Bibliothek, geleitet von dem Sprachlehrer Herrn Blancher, wo sie ihre Wahl frei treffen können in der Zeit von morgens 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr.

Weidenheim, 24. Juni. Wir wollen nicht versäumen die Handwerker und Gewerbetreibenden darauf aufmerksam zu machen, daß mit dem 25. ds. Mts. laut örtlicher Bekanntmachung die Anmeldung zur staatlichen Leimversorgung abläuft. Alle Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des Kreisverbandes, Rüdelsheim, Kirchstraße 8 zu richten und können spätere Eingänge auf Zuteilung nicht mehr rechnen.

Die Mückenplage. Nicht nur in Wäldern, sondern auch in Gärten, Höfen usw. hat man jetzt unter der Mückenplage zu leiden, und man gäbe wohl gern etwas dafür, wenn man von den blutdürstigen Insekten, die einen so hartnäckig bedrücken, befreit werden könnte. Das einzige radikale Mittel gegen die Mückenplage ist die Beseitigung der Brutstätten. Ueberall, wo Stümpfen, Tümpfen, Wasserfässer usw. sich befinden, kann man die Larven der Mücken beobachten; sie schwimmen oben auf und vegetieren dort ausgezeichnet. Man gieße einige Eßlöffel Petroleum in das Wasserfaß; es bildet sich dadurch sofort eine ganz dünne ölige Schicht, die aber vollständig genügt, die Luft abzuschließen und somit die im Wasser befindlichen Larven und Larven zu erstickt. Obendrein mangelt den Mücken die geeignete Brutstätte, so daß sie bald weiterziehen. Wenn jeder, der ein Wasserfaß im Garten hat, auf diese Weise gegen die Mückenplage vorgehen wollte, so würde sie auch bald verschwinden. Der Petroleumzusatz schadet dem Gießwasser in keiner Weise; er muß aber stets noch dem Ausschöpfen von Wasser erneuert werden.

Einkommensteuermarken. Am 21. Juni haben die Postanstalten mit dem Verkauf der neuen Einkommensteuermarken begonnen. Die Marken werden in den Serien von 10, und 50 Pf., sowie von 1, 2, 5, 10 und 25 M. ausgegeben. Da der Vorrat an Einkommensteuermarken bei den Postanstalten vorläufig noch gering ist, kann jeder Arbeitsgeber zunächst nur etwa ein Drittel des Bedarfes beziehen. Voraussichtlich am 20. Juli werden die Postanstalten die weiteren Marken abgeben können.

Unmittelbare Ueberweisung des Steuerabzuges. Nach einer ergänzenden Bestimmung über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn kann dem Arbeitsgeber gestattet werden, statt der Einzahlung des einbehaltenen Betrages durch Steuermarken die Einzahlung unmittelbar in bar oder durch Ueberweisung an die zuständigen Steuerbehörden vorzunehmen. Beschäftigt ein Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer, und sind für die Erhebung der von ihnen zu entrichtenenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden zuständig, so ist der Arbeitgeber berechtigt, den einbehaltenen Betrag an die für ihn zuständige Finanzkasse abzuführen. In diesen Fällen hat der Arbeitgeber die Ueberweisung in dreifacher Ausfertigung bei dieser Kasse anzubringen.

In den Zeiten der Obst- und Gemüseernte kommen nicht selten Streitigkeiten zwischen den Besitzern nachbarlicher Gärten vor über die Frage, wem die überhängenden Früchte gehören. Im Gesetz ist in diesem Falle keine Vorsorge getroffen, daß nicht gar zu viel gerichtliche Klagen aus solchen Streitigkeiten entstehen. Das Gesetz sagt deutlich: Die Früchte eines Baumes oder Strauches gehören, solange sie noch daran feststehen, dem Eigentümer des betreffenden Baumes bzw. demjenigen, der den Garten inne hat, auch dann, wenn einzelne Zweige in das Nachbargrundstück überhängen. Der Nachbar hat sonach kein Recht, die überhängenden Früchte für sich zu pflücken, er hat aber auch keine Pflicht, dem Eigentümer das Betreten seines Gebietes zu gestatten, damit dieser auch seine überhängenden Früchte aberntet. Fallen jedoch die Früchte von selbst in das nachbarliche Grundstück, dann sind sie Eigentum dessen, der den nachbarlichen Garten inne hat. Ebenso verhält es sich mit herüberhängenden Zweigen. Stören diese den Nachbar, so darf er sie nicht ohne weiteres beseitigen, da sie nicht sein Eigentum sind, sondern er muß dem Besitzer erst eine angemessene Frist zur eigenen Beseitigung stellen. Wenn der Eigentümer dann fähig ist die Absicht haben, den Baum oder Strauch zu versetzen oder die Zweige herüberzubinden. Um etwaigen Schikanen vorzubeugen, bestimmt das Gesetz noch weiter, daß die „angemessene Frist“ derart festgelegt werden muß, daß dem Eigentümer kein Schaden entsteht. Der Nachbar kann z. B. den Eigentümer nicht zwingen, die Zweige abzuschneiden oder den Baum zu versetzen, wenn für solche Arbeiten nicht die richtige Zeit ist, also wenn es hierzu schon zu spät oder noch zu früh ist. Erst wenn nach Ablauf der Frist der Eigentümer des Baumes seine Pflicht nicht erfüllt, erst dann kann der Nachbar die Beseitigung selbst vornehmen.

Deutscher Wein. Die „Erste Vereinigung Deutscher Weingutsbesitzer“ brachte am Montag im „Saale des Hotel Schwan“ 63 Nummern 1919er Weine zur Versteigerung, von denen nur 2 Viertelfuß zu 5710 und

5 000 Mark und 12 Halbfuß in der Preislage von 10 100 bis 13 630 Mark den Zuschlag erhielten. Auf die Nummern 24, 25 und 26 wurden noch Gebote zu 14 000, 10 000 und 12 250 Mark für das Halbfuß abgegeben, auf die nächsten Nummern erfolgten aber keine Gebote und aus diesem Grunde mußte die Versteigerung aufgehoben werden.

Yord, 21. Juni. Das Barragut Yordhausen versteigerte 2 Halbfuß 1919er Yordhäuser Niederflur, welche zu 13 100 bzw. 13 800 Mark per Halbfuß zugeschlagen wurden.

Wiesbaden, 21. Juni. Die Bauernschaft des Landkreises Wiesbaden lehnte den Kartoffelpreis auf 60 Mk. für den 3 tner mit wöchentlich, dem Endergebnis angepaßter Senkung fest.

Kranfurt, 21. Juni. Auf dem Börseplatz machte heute das Publikum Sturm auf die Kirschhändler, als diese Preise von 250 bis 3 Mk. per Pfund verlangten. Viel Obst ging dabei zugrunde und vieles verschwand mit den Körben. Später wurden die Kirsch für 150 bis 2 Mk. allgemein verkauft.

Kranfurt, 21. Juni. Eine von nahezu 3000 Vertretern der landwirtschaftlichen Vereine, der Viehhändlerverbände, der Metzgerorganisationen und anderen Interessierten Verbänden Hessens und Hessens-Nassaus besuchte Versammlung nahm heute in einhelliger Weise Stellung gegen die Zwangsversorgung. Die Redner aller Gruppen forderten in schärfsten Worten die sofortige Einführung der freien Bewirtschaftung aller Lebensmittel, da dadurch allein dem Schleichhandel und Schiebertum der Garaus gemacht werden und ein Abbau der Preise ermöglicht werden könne. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei Beibehaltung oder gar weiterem Ausbau des jetzigen Systems eine noch größere Unterernährung, Mißwirtschaft und Rechtsunsicherheit um sich greifen werde.

Bingen, 19. Juni. Vorgestern ließen Joseph Passemer Erben, Bingen ihre 1918er Weiß- und Rotweine versteigern und fanden alle Fässer bei flotten Geboten Zuschlag. Es kamen nur Weine aus den Lagen von Eifelberg, Schwäbischen, Mainzerweg, Neuberg, Schlarlachberg-Steinlautweg zum Ausgebot und wurden per Halbfuß für die Weißweine 14 200 bis 41 000, im Durchschnitt per Stück 42 910 und für die Rotweine per Halbfuß 11 100 bis 20 400, im Durchschnitt per Stück 27 870 Mk. bezahlt. Gesamterlös für 41 Halbfuß 797 000 Mk.

Aus Stadt und Land.

Die Leiche im Reiseforb. Eine schwere Missetat ist in Stendal an dem dortigen Gemüsehändler Wilhelm Brühl durch den Sattler Kressel und den Schlosser Henke begangen worden. In einer Gartenwirtschaft in Hamburg erschienen am letzten Freitag zwei fremde Männer mit einem großen Schließkoffer und baten den Wirt, den Korb aufzubewahren. Im Laufe des Nachmittags machte sich in der gesamten Wirtschaft ein sehr übler Geruch bemerkbar, der dem Korb entstammte. Der Wirt öffnete den Korb und fand zunächst eine Schicht Heu, darunter einen alten Herrenbaleket. Als dieser entfernt war, fand sich die zusammengekrümmte Leiche eines etwa 60-jährigen Mannes vor, die Schnittwunden am Hals aufwies, die fast schon in Fäulnis übergegangen waren. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen der Hamburger Polizei führten zur Verhaftung der beiden genannten Täter. Nach den bisherigen Aussagen der Verhafteten hat Kressel mit dem Händler in seiner Wohnung einen Streit provoziert und ihn hierbei die Halskette abgerissen. Augenscheinlich hatten es die Täter auf eine Vererbung abgesehen und die Leiche dann im Reiseforb nach Hamburg befördert, um sie hier zu beseitigen.

Ein jugendlicher Scherenschwinder. Wegen Urkundenfälschung und Betruges wird von der Berliner Kriminalpolizei der 23-jährige Expedient und Registratur aus Charlottenburg gesucht. Er war erst seit einigen Wochen bei einem Berliner Bankhause angestellt, ließ sich jedoch seit Mittwoch vergangener Woche nicht mehr dort sehen, so daß man Verdacht schöpfte. Es stellte sich bald heraus, daß in einem Scherenscheib auf die Reichsbank, das im Geldschrank aufbewahrt wurde, ein Schein fehlte. Wie sich weiter ergab, hatte der junge Mann sich diesen Schein herausgenommen und ihn in Höhe von 125 000 Mark auf die Reichsbank ausgefüllt. Da die Unterschriften der beiden Protokuristen gut gefälscht waren, wurde der Schein bei der Reichsbank nicht beanstandet.

Im Alter von 104 Jahren gestorben. Im Friedland in Mecklenburg starb im Alter von 104 Jahren nach kurzer Krankheit der frühere Akerbärner Jochen Seyden, der am 1. Oktober 1816 geboren wurde. Seyden war bis zu seinem Lebensende körperlich und geistig frisch und dürfte wohl der älteste Einwohner Mecklenburgs gewesen sein.

Eigene Briefmarken für Danzig. Die Postverwaltung des Freistaates Danzig gibt zur Zeit Postwertzeichen mit dem Ueberdruck „Danzig“ aus. Die Postanstalten des Freistaates werden neben diesen Wertzeichen einweisen noch die deutschen Wertzeichen ohne Ueberdruck weiter verwenden.

Verstärkung des pommerischen Landarbeiterskreises. Trotz der vorläufigen Einigung in den Kreisen Kolberg, Köslin und Dramburg scheint sich der Streit auszuweiten. Die Verhandlungen stoßen erneut auf ernste Schwierigkeiten. Der Ausbund hat neuerdings auf den Kreis Rummelsburg abgegriffen und im Kreis Schlawe an Stärke zugenommen. Im Kreis Pommern verlusten Vanden, zu plündern.

Lebensmittelpreise in Danzig. In den letzten Tagen ist es in Danzig wegen der hohen Obst- und Gemüsepreise mehrfach zu Ausschreitungen des Publikums gekommen, die späterhin offenbar politischen Charakter annahmen. Auch am Montag rottete sich dort die aufgeregte Menge zusammen und versuchte das Gerichtsgelände zu stürmen. Die dort untergebrachte Einwohnerwehr wurde mit Steinen beworfen. Als die Menge der wiederholten Aufforderung zum Auseinandergehen keine Folge leistete, wurden Schüsse abgegeben, durch die mehrere Personen verwundet wurden.

den. Auch eine größere Anzahl von Häusern wurde ausgeplündert. Die Waren wurden durch die Menge zu billigen Preisen verkauft. Die Sicherheitspolizei aus Hannover, sowie Truppen, die aus der Umgegend herangezogen wurden, mußten wiederholt eingreifen. — Auch in Frankfurt a. M. griffen die Käufer auf dem Frühlingsmarkt zur Selbsthilfe gegen die hohen Obstpreise, indem sie die Verkaufsstände stürmten. Sie erzwangen dadurch eine sofortige Herabsetzung der Preise. — In ähnlichen Zwischenfällen kam es auch in Krefeld, wo die Markthalle und das Warenhaus Diefz vollständig ausgeplündert wurden.

Der bayerische König beim Volksfest. Der ehemalige König Ludwig von Bayern hat am Freischützen der Einwohnerwehr in Wildenwart am Glemsee, wo er wohnt, teilgenommen und dabei den Preis auf der Ehrentafel errungen.

Preisabbau in Oberbayern. Der Kommunal- und Rosenheim in Oberbayern hat beschlossene, ohne jeglichen Nutzen Reis, kondensierte Vollmilch, Polenta, Weizenmehl, Hülsenfrüchte zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen, Kunsthonig und Kakao zu billigen Preisen in beliebiger Menge abgegeben, um durch die daher entstehende Konkurrenz auf die Geschäftsleute einzuwirken.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 23. Juni. Fehrenbach hat bereits heute Vormittag erneut mit den Parteiführern verhandelt und man hofft in parlamentarischen Kreisen, daß trotz aller neuen Schwierigkeiten der „Bürgerliche Block der Mitte“ die Regierung übernehmen wird. Reichspräsident Ebert dürfte seinen ganzen Einfluß bei den Mehrheitssozialdemokraten geltend machen, um sie umzustimmen. Heute Nachmittag 5 Uhr werden die Mehrheitssozialisten in ihrer Fraktionsführung einen Beschluß fassen, der über die gestrige Entscheidung hinausgehen dürfte. Die Demokraten treten heute Nachmittag um 6 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen, um sich mit dem Ergebnis der neuen Beratungen der Mehrheitssozialdemokraten zu befassen. Die Deutsche Volkspartei ist der Ansicht, daß wir unbedingt über die Krise hinwegkommen müssen. Aus diesem Grunde dürften sie bereit sein, sich mit der Beseitigung des Justiz-, Schatz-, sowie Wirtschaftsministeriums, die für sie in erster Linie in Frage kommen, zufrieden zu geben. Auch das Zentrum tagte heute Vormittag hier. Wie in den anderen Fraktionsführungen sprach man die Ueberzeugung aus, daß an der Personenfrage die Koalition nicht scheitern dürfe. In den ersten Nachmittagsstunden verbreiteten sich im Reichstag Gerüchte, daß der Versuch zur Bildung einer sozialdemokratischen Regierung gemacht werden sollte. Das Gerücht scheint von unabhängiger sozialistischer Seite auszugehen.

TU Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion ist, wie das „Berl. Tgl.“ hört, sich klar darüber, daß augenblicklich keine andere Regierungsbildung möglich ist, als diejenige, die von Fehrenbach angestrebt wird. Die Fraktion weiß nur noch nicht, ob und wie sie das tolerari posse aussprechen soll, da sie es auf alle Fälle vermeiden will, für irgendwelche Handlungen eines Kabinetts mitverantwortlich gemacht zu werden, in dem auch Deutsche Volksparteiler vertreten sind. Es besteht Grund zur Annahme, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung dem Reichstag abgeben wird, aber sie wird voraussichtlich durch persönliche Fühlungsabnahme die entscheidenden Faktoren von ihrem definitiven Schritte unterrichten und so Herrn Fehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinett bei einem wohlwollenden neutralen Verhalten der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Gestern Abend äußerte Fehrenbach Fraktionskollegen gegenüber, daß er die Hoffnung auf die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Mittelparteien noch keineswegs aufgegeben habe.

TU Berlin, 24. Juni. Der Ältesten-Ausschuß des Reichstages tritt heute Vormittag 11 Uhr zusammen. Es ist, wie verlautet, geplant, hinsichtlich der ungeklärten Kabinettsfrage den Zusammentritt des Reichstages noch um einige Tage zu verschieben. Ob die Mehrheit des Ältesten-Ausschusses aber nicht doch die erste konstituierende Sitzung des Reichstages, in der es sich in der Hauptsache nur um die Bildung des Präsidiums handelt, abhalten wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

TU Berlin, 24. Juni. Die Fraktion der Unabhängigen im Reichstag erheben entsprechend ihrer Stärke Anspruch auf den Sitz eines Vizepräsidenten. Für diesen Posten wird der frühere Volksbeauftragte Dittmann präsentiert.

TU Berlin, 24. Juni. Ueber die Auflösung der preussischen Landesversammlung wurde gestern sowohl im Ältesten-Ausschuß, als auch in einer Fraktionsführung der Unabhängigen beraten. In der Fraktionsführung kam man zu der Auffassung, daß der Antrag eingebracht werden soll in einer Form, daß die Landesversammlung auch die Verfassung und das Wahlgesetz für die Wahlen zur Landesversammlung erledigt. Die sofortige Auflösung der Landesversammlung ist nicht mehr wahrscheinlich.

TU Berlin, 24. Juni. Die Deutsche Demokratische Fraktion nahm gestern die Wahl für die Vorstandsämter vor. Es wurden gewählt: Dr. Schiffer zum 1. Vorsitzenden, Dr. Peterßen zum 2. und Abgeordneter Erdelen zum 3. Vorsitzenden. Ferner wurden in den Vorstand delegiert: Die Abgeordnete Frau Dr. Kömer, Dr. Haas, Dr. Dernburg, Haußmann, von Siemens und Reichbaum. Zum Geschäftsführer wurde Abg. Weinhausen, zum Schriftführer Abg. Telus bestimmt.

TU Paris 24. Juni. Der allgemeine Eindruck von Ergebnissen der Konferenz in Boulogne ist hier, soweit es sich um die Entwaffnung Deutschlands handelt, gut. Weniger befriedigt ist man hinsichtlich der Entschädigung, weil man merkt, daß es noch viel zu tun gibt, um eine endgültige und völlige Uebereinstimmung zu erzielen. Willard wird in der Kammer, die gestern mit der Diskussion des Budget des Auswärtigen begonnen hat, genaue Erklärungen über die Konferenzen von Pyly und Boulogne abgeben.

